

**Medienmitteilung vom 18. Januar 2013**

## **Die Grünen sind besorgt angesichts der Ablehnung eines verlässlichen Lohnsystems Ein riskantes und respektloses Pokerspiel**

**Die Grünen nehmen mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die Kommission für die Revision des Lehreranstellungs- und Personalgesetzes die Einführung verbindlicher Regeln für den Gehaltsstufenaufstieg ablehnt. Nachdem die Existenz des Lohnproblems seit Jahren anerkannt ist, stellt die Ablehnung eines verlässlichen Lohnsystems einen Affront gegenüber dem Personal dar. Wenn dies zum Scheitern des Pensionskassengesetzes führen sollte, entstünde dem Kanton ein massiver finanzieller Schaden.**

Schon vor Jahren haben Regierungsrat und Grosser Rat das Lohnproblem des Kantons Bern eingestanden und Korrekturbedarf anerkannt. In ihrem Bericht zum Voranschlag 2012 schrieb die Finanzkommission: „Die Finanzkommission hat in ihrem Bericht zum Voranschlag 2011 die zum Teil problematische Situation des Kaders, der jüngeren Mitarbeitenden sowie der Polizistinnen und Polizisten und der Lehrerinnen und Lehrern in Bezug auf deren Lohnsituation anerkannt. [...] Die Finanzkommission fordert den Regierungsrat auf, realistische Massnahmen vorzuschlagen, die sie zu diskutieren bereit ist.“

Umso unverständlicher ist es, dass die vorberatende Kommission die Einführung verlässlicher Regeln für den individuellen Lohnstufenaufstieg ablehnt. Das Personal kann diesen Entscheid nur als brüskten Affront interpretieren. Für das Personal stehen mit dem neuen Pensionskassengesetz erhebliche Verschlechterungen bei der beruflichen Vorsorge bevor. Der Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat wird von vielen Mitarbeitenden als Bedrohung wahrgenommen; die wegen der Senkung des technischen Zinssatzes drohende Erhöhung der Beitragsdauer bzw. die Erhöhung des Rentenalters ist eine Leistungsverschlechterung. Umso nötiger wäre es, dem Personal wenigstens beim Lohnaufstieg ein bisschen entgegenzukommen. Geschieht dies nicht, kann vom Personal nicht erwartet werden, dass es die Verschlechterungen bei den Pensionskassen mitträgt.

Ein Scheitern des Pensionskassengesetzes hätte für den Kanton negative Auswirkungen. Wenn der Kanton Bern die Vollkapitalisierung umsetzen und die beiden Pensionskassen innerhalb von zehn Jahren ausfinanzieren muss, bedeutet dies für den Kanton Bern eine finanzielle Belastung in mehrfacher Milliardenhöhe. Damit wäre weder der Attraktivität des Kantons, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern noch dem Personal gedient.

Die Grünen rufen alle Grossrätinnen und Grossräte dazu auf, im Interesse einer sachgerechten Lösung zu einem personalpolitischen Kompromiss beizutragen. Dazu gehört neben dem neuen Pensionskassengesetz die Etablierung eines verlässlichen Lohnsystems.

### **Für weitere Auskünfte:**

Regula Tschanz, Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern,  
Tel. 079 379 16 53